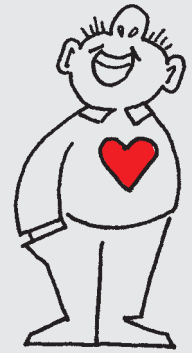


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

2 / 2009

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



Gegen das Vergessen

1969 und 1970 besuchte ich das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. Wenn man die Berge von Menschenhaaren,

Brillen, Koffern und weiteren Gegenständen sieht und dazu den Versuch unternimmt, sich das Leid der Menschen, die auf den Fotos zu sehen sind, vorzustellen, lässt einem das Entsetzen nicht mehr los.

Sicherlich war dies ein Grund dafür, dass unser Bundespräsident Roman Herzog den Befreiungstag dieses KZs als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärte.

Das KZ wurde am 27. Januar 1945 durch die Sowjetarmee befreit. Inzwischen ist dieser Tag von der UNO zum internationalen Gedenktag bestimmt.

»Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!«, war der Schwur der Häftlinge von Buchenwald.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – »Bund der Antifaschisten« – bemüht sich, diesen Schwur in das Bewusstsein unserer Bürgerinnen und Bürger zu bringen.

Auch die Ortsgruppe Forst der VVN-BdA pflegt seit Jahren das Andenken der

Forster Antifaschisten. Umfangreiches Material wurde dazu gesammelt und in Akten geordnet.

Die Lebensgeschichten dieser Forster Bürger, welche zum positiven Teil der Geschichte unserer Stadt zählen, müssen auch in Zukunft für jeden nachvollziehbar sein.

Am 27.01.2009, bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer der Nazidiktatur, übergab die Forster Ortsgruppe die ersten drei Aktenordner. Diese beschreiben unter anderem das Leben von Rudolf Rothkegel und Kurt Schneider. Des Weiteren beinhaltet ein Ordner Anklageschriften gegen 19 Forster Bürger.

Bis zum 8. Mai dieses Jahres sollen alle Lebensbilder und Dokumente an das Stadtarchiv übergeben werden.

»Gegen das Vergessen« ist auch, nachdem die Übergabe von 175 445 Unterschriften nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben, eine neue Aktion der VVN-BdA für ein Verbot der NPD.

Bis zum 8. Mai 2010, dem 65. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, sollen 5 000 Gründe für ein Verbot der NPD über die Internetadresse www.npd-verbot-jetzt.de gesammelt werden.

Horst Beier

Glückskinder der Geschichte

In der Lausitzer Rundschau veröffentlichte unlängst Hubertus Knabe einen Artikel, in dem er die Kandidatur von Kerstin Kaiser für das Amt der Ministerpräsidentin mit der Bewerbung eines Kinderschänders für die Leiterstelle eines Kindergartens verglich. Herr Knabe bezog sich dabei auf die Zusammenarbeit der Studentin Kaiser mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR.



Möglicherweise fehlen mir die gereiften geschichtswissenschaftlichen Erfahrungen des Leiters der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Aber es verbindet mich auch etwas mit ihm: Er und ich waren nie Bürger der DDR. Dass Knabe sich entschied, aus seiner Beschäftigung mit der DDR eine Lebensaufgabe zu machen, ist dafür beinahe unerheblich. Es bleibt der Fakt, dass er und ich nicht gehalten waren, im realexistierenden östlichen Sozialismus ein Leben zu führen, Ausbildung und Beruf zu meistern, Kinder großzuziehen, also schlichtweg zurechtzukommen. Er und ich haben nie aus erster Hand erlebt, wie schwer sich die Vorstellung von einer besseren Gesellschaft mit täglichen Enttäuschungen verbinden lassen konnte. Er und ich haben uns nie fragen müssen, wann und warum konkret das Versprechen einer besseren Zukunft trügt und Duldsamkeit in Duckmäusertum übergeht. Er und ich mussten nie wirklich Mut aufbringen, um gegen behauptete Wahrheiten anzureden, weil wir dabei nicht viel mehr riskierten als nur ein wenig Reputation. Ihm und mir fehlt auch die nicht zu ersetzende Erfahrung der Schwierigkeiten danach: er und ich haben kein überrolltes Leben handhaben müssen, als die Geschichte weitergezogen ist. Sind wir nicht beide Glückskinder der Geschichte, die sich vor allzu selbstgerechten Bewertungen anderer Biografien hüten sollten? **» S. 2**

Wer hat das Größte?

Alle tun es, die Europäische Union, der US-Präsident, die Kanzlerin, der brandenburgische Messias Matthias und unser Landrat, sie basteln am Konjunkturpaket. Nachdem die Politik über Jahre und Jahrzehnte alle Schranken zur Kontrolle und Regulierung der Finanzwirtschaft beseitigt hat, folgte nun die große Pleite. Weltweit haben Bankmanager permanent neue Finanzprodukte entwickelt mit dem einzigen Ziel der Geldvermehrung. Aus kleinen Zinsen wurden größere und nochmals größere und dann konnte irgend jemand diese Zinsen nicht

mehr bezahlen. Zuerst platzte die Blase in den USA. Windige Banken hatten Kredite für Hauskäufe ausgegeben, die von den Kreditnehmern nicht mehr bedient werden konnten. Damit brach die Kette der unbegrenzten Geldvermehrung schlagartig zusammen. Der finanzielle Rückmarsch begann. Banken hatten plötzlich massenhaft ungedeckte Wechsel in ihren Bilanzen. Dabei ging es nicht um die berühmten »Peanuts« von Herrn Ackermann, sondern schlagartig um die Existenz des weltweiten Finanzmarktes. **» S. 2**

Wer hat das Größte?

(Fortsetzung von Seite 1)

Viele Finanzastrologen an Börsen, in Wirtschaftsinstituten und der Politik, die noch im Sommer dem unbegrenzten Wachstum am freien Markt gehuldigt hatten, schrien nach dem Staat, und natürlich wollte man alles besser machen als nach dem »schwarzen Freitag« von 1929. Statt einer Politik des knappen Geldes, wird heute die Politik der vollen Hände praktiziert. In allen Zentralbanken der Welt wurden die Gelddruckmaschinen angeworfen und teilweise zinslos Gelder in das Banksystem gepumpt. Das Geld soll die Wirtschaft ankurbeln und Kaufkraft schaffen. Es muss jedoch irgendwann wieder eingesammelt werden. Also folgt zwangsweise nach der Ausschüttung die große Inflationswelle. Aber darüber sprechen wir jetzt natürlich noch nicht. Bis zu den Wahlen im Herbst wird es schon gut gehen. Der Eine oder Andere wird sein altes Auto abwracken oder die einmaligen hundert Euro Kindergeld ausgeben

und dann wird investiert, koste es was es wolle.

Seit Jahren bekommen die Kommunen zu wenig Mittel, um ihre Infrastruktur zu sanieren. Schulen, Kitas und soziale Einrichtungen befinden sich häufig in einem katastrophalen Zustand. Mit einem einmaligen Finanzschub sollen die Fehler von Jahrzehnten korrigiert werden. Plötzlich ist »Schuldenmachen« eine Staatsaufgabe. Für eine schnelle Umsetzung werden die Kontrollmechanismen herabgesetzt und die Pflicht zur Ausschreibung von Leistungen reduziert. Natürlich mit dem freundlichen Hinweis an die Bauindustrie, auf keinen Fall die Preise zu erhöhen. Wie dies dann kontrolliert werden soll, wird allerdings nicht verraten. Der Staat will per Verordnung den Grundsatz von Angebot und Nachfrage außer Kraft setzen. Dies aber stellt das System der Marktwirtschaft in seiner heutigen Form grundsätzlich in Frage. Am Ende dieser Geldwelle wird »Otto Normalverbraucher« die Rechnung begleichen müssen. Die zwischenzeitlich verstaatlichten Banken

und Unternehmen werden wieder reprivatisiert. Die verbleibenden Schulden werden vergesellschaftet. Von Kontrollmechanismen für Bank- und Börsengeschäfte will dann niemand mehr etwas wissen und die Investitionen in Bildung und Soziales verpuffen als einmaliger Zwischenfall. Unsere staatstragenden Politiker werden wieder den Schuldenabbau als wichtigstes Ziel entdecken und in die nächste Wirtschaftskrise aufbrechen. Wie dies funktioniert, kann man bei Marx im »Kapital« nachlesen. Wieso Frau Merkel das nicht weiß, kann ich auch nicht erklären. Vielleicht hat sie diesen Teil ihres Studiums ein wenig verschlafen.

Wer vor einem halben Jahr Verstaatlichungen und stärkere Kontrollen der Wirtschaft gefordert hatte, durfte damit rechnen, als Kommunist bezeichnet zu werden. Wer heute das Gleiche tut, gilt als Retter der sozialen Marktwirtschaft. So ändern sich die Zeiten. Denken Sie daran, wenn in einigen Monaten wieder das Gegenteil behauptet wird.

Ingo Paeschke

Glückskinder der ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Doch wir unterscheiden uns auch. Mir fehlt zum Beispiel Knabes untrügerische moralische Sicherheit, wenn es darum geht, Menschen zu verurteilen. Anders als Knabe traue ich mir nicht zu, dafür meine fehlenden eigenen Erfahrungen tollkühn außer Acht zu lassen. Anders als er kann ich auch nicht mühelos aus fremden Fehlern lernen. Ich war leider immer auf meine eigenen Fehler, meine eigenen Erfahrungen angewiesen.

Als Richter in der Bundesrepublik Deutschland habe ich siebenundzwanzig Jahre die Erfahrung gemacht, dass es äußerst schwer ist, Menschen zu beurteilen, selbst wenn sie in demselben gesellschaftlichen Zusammenhang wie ich ihr Leben gestalten. Als Strafrichter habe ich die Erfahrung gemacht, wie sehr

man sich irren kann, wenn es um die Frage geht, ob ein Mensch begangenes Unrecht einsieht, ja bereut, oder nur so tut, als ob. Es ist ein Irrtum, der in beide Richtungen möglich ist. Ich habe auch gelernt, dass dennoch jeder Mensch in einem Rechtsstaat die Chance haben muss, aus seinen Fehlern zu lernen und diese Selbsterkenntnisse auch nutzen zu können. Ich habe erfahren, dass der Prozess des Lernens ein sehr ehrlicher, offener sein kann – und dennoch allerseits angezweifelt wird.

Wer für seine Wahlentscheidung wissen möchte, ob Frau Kerstin Kaiser für das Amt der Ministerpräsidentin geeignet ist, kann dafür auf die Erfahrungen ihres direkten Kontrahenten zurückgreifen. Es sind immerhin dessen eigene Erfahrungen. Ministerpräsident Matthias Platzeck sagte im Dezember 2008 über Frau Kaiser der Berliner Zeitung: »Im Jahre 2009

Spruch des Monats

»Wer nur zurückschaut,
kann nicht sehen,
was auf ihn zukommt.«

Konfuzius

sind zwei Jahrzehnte seit unserer friedlichen Revolution vergangen. Und wer sich 20 Jahre ernsthaft bemüht hat, unser Gemeinwesen zu gestalten und die Demokratie voranzubringen, hat ein Recht darauf, dass seine gesamte Lebensleistung gewürdigt wird. Das ist meine feste Überzeugung.«

Eine gekürzte Fassung dieses Artikels erschien am 19. Januar 2009 in der Lauseitzer Rundschau.

Wolfgang Nešković, MdB,
Richter am Bundesgerichtshof a. D.

+++ kurz informiert +++

Aus der Stadtverordnetenversammlung

- Der Beschlussantrag zur Erhöhung der Grundsteuer wurde zum zweiten Mal abgelehnt. Der Bürgermeister wollte vor den Haushaltsberatungen diesen Beschluss erzwingen. Unsere Fraktion hat geschlossen dagegen gestimmt. Bei sachorientierter Beratung des Haushalts sind wir dennoch bereit, noch mal über das Thema zu reden. Erpressen lassen wir uns aber nicht. Die Finanzhilfen des Landes hängen nicht von 26.000 Euro Steuererhöhung ab, sondern von einem vernünftigen Gesamtkonzept.
- Beschlossen wurde das Parkraumkon-

zept für die Innenstadt. Das Thema Parkgebühren wurde dabei ausgeklammert. Die Aufstellung von Parkuhren an der Berliner- und der Cottbuser Straße wird es mit uns nicht geben.

- Im Hauptausschuss wurde der Entwurfsplanung für die Gubener Straße (nächster Bauabschnitt) und für den Bereich Inselstraße/Heinrich-Heine-Straße mehrheitlich zugestimmt. Gegen unsere Stimmen wurde entschieden, die Heinrich-Heine-Straße teilweise zu pflastern. Das kostet 100.000 Euro zusätzlich und erhöht die

Lärmbelastung – für uns eine völlig unverständliche Entscheidung.

- Horst Beier wird unsere Fraktion auch in dieser Legislaturperiode im Sanierungsbeirat vertreten. Der Beirat hat die Aufgabe, die Baumaßnahmen in den verschiedenen Sanierungsgebieten zu begleiten.
- Fernsehübertragungen des Stadtkanals von der SVV werden zurzeit wieder mal von anderen Fraktionen verhindert. Als man im September 2008 beim Beschluss zum Bürgerentscheid über den Verkauf der Stadtwerke die Fernsehübertragung benutzen wollte, um uns politisch vorzuführen, waren noch alle dafür. Wir stehen zur Pressefreiheit in diesem Land und sind für ein Übertragungsrecht ohne jede Einschränkung.

Ingo Paeschke, Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE der SVV Forst

Armutszeugnis für die Landesregierung

Mit über einem Jahr Verspätung hat die Landesregierung ihren Bericht »Lebenslagen in Brandenburg« vorgelegt. Er soll, so Ministerin Ziegler, »Hinweise auf Handlungsfelder (geben), die nach einer aktiven und nachhaltigen Politik verlangen, um die demographischen, wirtschaftlichen sowie sozialen Herausforderungen auch in der Zukunft zu bewältigen.«

Die auf wissenschaftlichen Expertisen basierende Analyse enthält in der Tat jede Menge solcher Hinweise, z. B. darauf,

- dass immer mehr Menschen trotz Erwerbstätigkeit auf Hartz IV angewiesen sind,
- dass Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehende besonders häufig Benachteiligungen ausgesetzt sind,
- dass landesweit 26 Prozent der Kinder auf Hartz IV angewiesen sind (1998 waren es noch etwa 10 Prozent),
- dass über 10 Prozent der Kinder in Brandenburg die Schule ohne Abschluss verlassen, was bundesdeutscher Spitzenwert ist, und
- dass es auf dem Gipfel des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten zwei Jahre in Brandenburg weniger sozialversicherungsspflichtige Jobs gibt als noch im Jahr 2000.

Es fehlt also nicht an Hinweisen, wohl

aber an »einer aktiven und nachhaltigen Politik«. Die Landesregierung sieht hingegen viel Aufschwung und wenig Armut. Sie präsentiert eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen – allesamt nicht neu – aber kaum Nachhaltiges. Wirksame Maßnahmen, wie einen gesetzlichen Mindestlohn, kann die SPD nicht gegenüber der Union durchsetzen. Eine überfällige Neufestsetzung des Regelsatzes für Kinder schiebt die Bundesregierung vor sich her. Aber auch auf Landesebene kann sich die Koalition noch immer nicht dazu durchringen, allen Kindern wieder einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz einzuräumen oder landesweit ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Grundschulen einzuführen.

**Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE im Landtag Brandenburg**



Mitgliederversammlung

Donnerstag, 05.03.09, 18:30 Uhr,
Bürgerzentrum, Raum 15

**Hauptthema:
Wahl des Ortsvorstandes**



Der Bundesgeschäftsführer meint

**Presseerklärungen von Dietmar Bartsch
zu aktuellen Themen**

Großzügiger Rettungsschirm für Banken – für Arbeitsplätze nicht mal ein Schirmchen

Im Januar ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen überdurchschnittlich gestiegen, um 387 000 auf 3,489 Millionen. Die Arbeitslosenquote stieg auf 8,3 Prozent. Hinzu kommen rund 400 000 Kurzarbeiter und Millionen Beschäftigte in atypischen Beschäftigungsverhältnissen.

Die Krise ist auf dem Arbeitsmarkt angekommen. Die Arbeitslosenquote ist im Osten mit 13,9 Prozent doppelt so hoch als im Westen mit 6,9 Prozent. Mit ihrem Konjunkturpäckchen hat die Große Koalition der Krise auf dem Arbeitsmarkt kaum etwas entgegengesetzt. Statt zu klotzen, hat sich die Bundesregierung fürs Kleckern entschieden. Die konjunkturellen Maßnahmen der Bundesregierung sind kleinkariert und greifen viel zu spät. Während die Bundesregierung einen großzügigen Rettungsschirm für Banken aufge-

spannt hat, hat sie für Arbeitsplätze nicht mal ein Schirmchen übrig.

Hinzu kommt, dass Union und SPD mit der Senkung des Arbeitslosenbeitrages um 0,5 Prozent die Arbeitsagentur der Mittel beraubt hat, die jetzt für arbeitsfördernde Maßnahmen dringend gebraucht werden. Statt mehr Geld für Arbeitsmarktpolitik steht der Bundesagentur nach eigenen Angaben für 2009 ein Fehlbetrag von knapp sechs Milliarden Euro ins Haus. Zu den ersten, die gefeuert werden, gehören Leiharbeiter. Statt einer besseren Absicherung von Leiharbeitern hat die Große Koalition dieses Thema erneut vertagt und lässt die rund 700 000 Zeitarbeiter im Regen stehen. DIE LINKE erneuert ihre Forderung nach verbindlichen Regelungen für den Schutz von Leiharbeitern und nach ihrer Gleichstellung mit Stammbeschäftigten. DIE LINKE fordert einen gesetzlichen Mindestlohn, der eine einheitliche, existenzsichernde Lohnuntergrenze festlegt. Nur so können Hunger- und Niedriglöhne auf Dauer verhindert, Kaufkraft gestärkt und Arbeitsplätze gesichert werden.

Schweres Erbe und große Erwartungen

Zur Amtseinführung des neuen US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama erklärt der Parteivorsitzende Lothar Bisky:

Die Erwartungen und Hoffnungen an den ersten nicht-weißen US-Präsidenten Barack Obama sind hoch. Vielleicht sind sie hier in Europa sogar größer als in den Vereinigten Staaten selbst. Die jahrlange und gerade unter George W. Bush gewachsene kritische Ablehnung einer allein auf Kriegs- und Machtlogik fußenden US-Außenpolitik und die mediale Botschaft der Möglichkeit eines Politikwechsels haben große Hoffnung geweckt.

Das gilt auch für die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, die hauptsächlich von den USA und ihrer Banken- und Finanzwelt mit verursacht wurde. Als Präsident ist Obama gefordert, das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Es liegt an ihm, die Chance für einen Wechsel umzusetzen. Dafür notwendig ist nicht nur eine grundsätzliche Veränderung der US-amerikanischen Politik, sondern auch ihre aktive Gestaltung – von der ersten Stunde an. Diese Verantwortung gilt nicht nur für die Belange in der Arbeits- und Wirtschaftswelt, für die Klima-, Energie-, Bildungs- und Gesundheitspolitik in den USA selbst, sondern auch hinsichtlich einer Neugewichtung der Außen- und Sicherheits-, der Handels- und Entwicklungspolitik der USA. Weltweit dürfte deshalb die Amtsantrittsrede Obamas in Wohnzimmern, Amtsstuben und Militärcamps auf großes Interesse stoßen.

In seiner Berliner Rede sprach Obama von einer atomwaffenfreien Zukunft. Als Präsident wird er sich an der Umsetzung seiner Worte messen lassen müssen, denn die Abschaffung der Atomwaffen ist ein lange schon überfälliger Schritt. Ich erwarte nach den symbolischen Anlehnungen Obamas an die Visionen des amerikanischen Bürgerrechtlers Martin Luther King, dass er auch an die Erkenntnisse Albert Einsteins anknüpft: »We can't solve problems by using the same kind of thinking we used when we created them.« (sinngemäß: Wir können Probleme nicht mit der selben Denkweise lösen, die wir nutzten, als wir sie geschaffen haben.) Eine neue amerikanische Politik für internationale Verständigung, für demokratische und friedliche Lösungen der zahlreichen Konflikte würde auf große Unterstützung in der Welt rechnen. Dafür wünsche ich ihm Mut und weltweite kritische Begleitung.

Petra Paus Newsletter

Die Bundeskanzlerin, »Pro Reli« und das 8. Gebot Das Berliner Volksbegehren »Pro Reli« hat einen Etappensieg verbucht.

Der Jubel-Gesang von »Pro-Reli« ist groß und prominent. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel stimmt inzwischen ein – höchst doppelzüngig. Sie lobt einen Berliner Volksentscheid als Demokratie-Gewinn und verschweigt, dass ihre Partei Volksentscheide im Bund noch immer verhindert. Sie freut sich für »Pro Reli« und verschweigt, dass dieselbe Initiative das interkulturelle Unterrichtsfach »Ethik« egoistisch abschaffen will. Öffentlich verheißt »Pro Reli« mit Gottes Segen mehr Freiheit. Praktisch bricht »Pro Reli« mit dem 8. Gebot: »Du sollst nicht falsch Zeugnis reden ...« »Ethik« lebt vom Dialog aller Kulturen und Religionen. Wer dem eine Religion nach der anderen entziehen will, erstickt den multikulturellen Dialog. Es ist widersinnig, Integrations-Gipfel zu zelebrieren und zugleich Integrations-Bemühungen im Alltag – fromm, fröhlich, scheinheilig – zu verteufeln. »Pro Reli« ist eine nostalgische Lobby-Veranstaltung, fürstlich protegiert und finanziert. Eine moderne, multikulturelle Hauptstadt braucht Besseres.

(Petra Pau ist Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss)

Deal nicht gesetzlich erlauben, sondern gesetzlich verbieten

Der Bundestag hat über einen Gesetzentwurf der Koalition zum sogenannten Deal im Strafverfahren debattiert. Deal heißt: Die Verteidigung, die Staatsanwaltschaft und das Gericht treffen Absprachen, in denen Geständnisse vereinbart und bestimmte Strafen zugesichert werden.

Der Deal ist bislang gesetzlich nicht geregelt. Er ist jedoch inzwischen in der Realität deutscher Gerichtssäle zum Alltag geworden. Die Koalition will ihn nun auf eine gesetzliche Grundlage stellen. Nach Auffassung der LINKEN muss der Deal nicht gesetzlich erlaubt, sondern gesetzlich verboten werden. Er stellt einen unwürdigen Handel mit der Gerechtigkeit dar. Das Strafgesetzbuch ist jedoch kein Handelsgesetzbuch.

Der Deal des Gesetzesentwurfes betrifft dabei keine Kleinkriminalität mit geringer Schuld, die in der Regel leicht aufzuklären ist. Er betrifft Fälle mit großer Schuld, die meist viel schwerer aufzuklären sind. So stellt eine Steuerhinterziehung von mehreren Millionen Euro, ein für den Deal typisches Delikt, eine grobe Asozialität gegenüber der Gesellschaft dar. Das hinterzogene Geld trägt dazu bei, dass die Kassen des Staates leer sind und so Schulen, Kindergärten und Universitäten, Polizei und Gerichte nicht über genug Mittel verfügen. Der wesentliche Grund, der die Gerichte dazu veranlasst, sich auf einen Deal einzulassen, ist praktischer Natur: Für komplizierte und langwierige Wirtschafts- und Strafverfahren fehlen den Gerichten nach jahrzehntelangen Sparmaßnahmen schlicht die notwendigen personellen und sachlichen Mittel. Wohlhabende Angeklagte nutzen das und machen aus dem Gerichtssaal einen Marktplatz.

Die LINKE fordert ein Ende dieses unwürdigen Geschachers. Die Justiz muss endlich so ausgestattet werden, dass sie auch komplexe Fälle ohne Mithilfe des Angeklagten aufklären kann.

Wolfgang Nešković,
stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

PINNWAND

Termine

- Di., 17.02., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
DIE LINKE.-Ortsvorstandssitzung
- Di., 24.02., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Stadtfraktionssitzung
- Mo., 09.03., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
AG »Malxe-Blatt«

Geburtstage

- 19.02.: 75 Jahre, Gen. Wolfgang Noack
25.02.: 81 Jahre, Genn. Helga Schahn
28.02.: 77 Jahre, Genn. Gerda Kluge
08.03.: 79 Jahre, Gen. Horst Rubin
10.03.: 69 Jahre, Gen. Peter Weidner
11.03.: 60 Jahre, Genn. Gudrun Lacasé

*Herzlichen Glückwunsch
den Jubilaren!*

Veranstaltungshinweis: Bitte vormerken!

AG »Soziales«

Am **24. März 2009** veranstaltet die AG Soziales um 17:30 Uhr in der Förderschule Pestalozziplatz eine politische Veranstaltung zu den Problemen mit dem Gesetz Hartz IV. Das Thema lautet:

**»Vier Jahre nach Einführung von Hartz IV:
Wie leben mit Hartz IV? Welche Folgen für die
Betroffenen? Was muss sich verändern?«**

Die Veranstaltung soll ALG-II-Bezieher ebenso ansprechen wie Geringverdienende und Interessenten. Betroffene sollen zu Wort kommen und Antworten auf ihre Fragen erhalten und mit Gästen diskutieren.

AG Soziales

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte

16. Februar, 2. März und 16. März 2009,
jeweils ab 10:00 Uhr

in der Geschäftsstelle der LINKEN, Cottbuser Straße 54

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich
jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 €.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.